

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 pppn
Telefax: (02 28) 9 16 20-12

Inhalt

Gernot Eiler MdB zeichnet ein
Porträt des eigentlichen
Kopfes der Christdemokraten:
Seeleningenieur Schäuble.

Seite 1

Klaus Kirschner MdB zum un-
seriösen Spiel der Bundesre-
gierung mit der Höhe der
Lohnnebenkosten: Die Pflege-
versicherung als Instrument
der Umverteilung von unten
nach oben.

Seite 3

Michael Müller MdB zur Bon-
ner Energiepolitik: Letztes
Gefecht um die Atomkraft.

Seite 4

Horst Sielaff MdB zu Beratun-
gen des Bundestags-Unter-
ausschusses Welternährung:
Wie Bonn zum Ruin westafri-
kanischer Viehzüchter beiträgt.

Seite 5

Dr. Klaus Hänsch MdEP zu
strukturellen Defekten im Ver-
fassungsentwurf für die Euro-
päische Union: Erforderlich ist
eine eindeutige Grundlage.

Seite 6

48. Jahrgang / 187

30. September 1993

Seeleningenieur Schäuble

Ein Porträt des eigentlichen Kopfes der Christdemokraten
Von Gernot Eiler MdB

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Schäuble versteht etwas von Führung. Wer die Richtung bestimmen will, muß deutlich sagen, wo es langgeht - ohne Zuckerkruste, ohne "ratet-mal-was-ich-damit-meine". Man kann vergessen, was im Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm steht, das erst im Januar 1993 vorgestellt wurde. Gleich zweimal hat der eigentliche Kopf der Christdemokraten mit dem romantischen Wohlwollen seiner Grundsatzformulierer aufgeräumt: mit seiner Haushaltsrede am 8. September 1993 im Deutschen Bundestag, da noch verziert mit genußvoll-bösen Sticheleien gegen Rudolf Scharpings Etatrede, am 14. September dann ohne Schnörkel vor dem Berliner CDU-Parteitag.

Diese zweite Rede beschreibt keine neue Strategie, sie ist eine. Sie orientiert um, sie will die Köpfe der Menschen reorganisieren. Begriffe bekommen eine andere Nachbarschaft, einen anderen Klang. Andere verschwinden einfach. Wolfgang Schäuble betätigt sich als eiskalter Ingenieur der Seelen. Die seit 1982 angekündigte, aber nie realisierte "geistig-moralische Wende" meldet plötzlich Vollzug. Die CDU paßt ihre Grundwerte den betonharten Zeiten an. An ihnen zersplittert die bisher vorangetragene christliche Monstranz.

Im Grundsatzprogramm-Entwurf heißt es noch: "Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns sind unser christliches Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit." (Artikel 29) Dann folgen drei ausführliche Absätze zu der Werte-Troika aus der bürgerlichen französischen Revolution. In Schäubles Grundsatzrede haben sich all diese Bezugspunkte in Luft aufgelöst - sie kommen, abgesehen von einer kurzen Passage über die "Balance von Freiheit und Recht", einfach nicht mehr vor.

Verhöhnung des Sozialstaats

Stattdessen donnert er den Sozialstaat zusammen, der als "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat" verhöhrt wird, als "Sozialagentur" und "Serviceeinrichtung", als Automat zum Ausspucken sozialer Berechtigungsscheine. Das, was an sozialer Sicherheit in Jahrzehnten Stück für Stück erkämpft wurde, rückt ins Abseits der Perversion. Im Bundestag vergriff sich Kohls Chefideologe sogar an den (ständig weniger werdenden)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Peussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 1204 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Leinwanddruck
wässrigen Rohstoffen
Recycling-Papier



Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, dem letzten Halt Tausender von Arbeitswilligen vor dem realen Aus der Arbeitslosigkeit, und beklagte, "daß die Leute in den neuen Bundesländern vor lauter ABM nicht mehr bereit sind, Arbeitsplätze im regulären Arbeitsmarkt anzunehmen". Das zeigt, wie schon die gigantisch aufgeblasene Sozialmißbrauchs-Kampagne, um welches Ziel es Schäuble geht: auch demagogische Verdrehung (ABM als soziale Kuschelecke für arbeitsscheue Ossis) muß herhalten, um die Realität der sozialen Marktwirtschaft zu diffamieren und denen, die soziale Besitzstände zwecks Existenzsicherung verteidigen, ein schlechtes Gewissen einzureden!

Umriss einer anderen, provokativen Staatsideologie werden sichtbar. Ein Schlüsselatz in der Parteitagsrede lautet: "Für mich ist die zentrale Frage, ob unser Staat von uns allen noch als eine Schutz- und Schicksalsgemeinschaft verstanden wird, die die Bürger nach außen und innen sichert. Ist dieser Staat für uns noch eine Gemeinschaft, die ihre Bürger auch in Anspruch nimmt und für die man auch Dienst leisten muß?" Fürwahr eine listige "zentrale Frage"! Der Befragte findet sich plötzlich wieder in einer Art Vertragszustand: Der Staat schützt ihn gegen Feinde von außen (egal, ob es gerade welche gibt) und gegen kriminelle Gefahren im Innern, wofür sich der Bürger mit Dankbarkeit und Bescheidenheit erkenntlich zeigt. In diesem Kontext erscheint die Forderung eines Jugendlichen nach Ausbildung, Arbeitsplatz und vernünftigen Lebenschancen schon als gemeinschaftsschädliche Anmaßung, eben zugehörig zu jenem als pervertiert erkannten "Daseinsvorsorgestaat".

Neudefinition des Solidaritäts-Begriffs

Dafür soll es ein anderes Angebot an die nachwachsende Generation geben: Überzeugende Werte, Leitbilder, Autoritäten, institutionelle Bindungen, Familien mit mehr Funktionskraft, Vereine und Kirchen mit mehr Bindungskraft (alles Begriffe von Schäuble). Angesagt ist Dienen, sind die "Pflichten gegenüber dem Staat". Im Grundsatzprogramm-Entwurf der CDU vom Januar 1993 heißt es noch: "Gerechtigkeit schließt die Übernahme von Pflichten zum Wohle des Ganzen ein. Sie verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können." (Artikel 48) Diese Verpflichtung zu Solidarität und Hilfe mutiert Schäuble zu "Pflichten gegenüber dem Staat". Wo der Emanzipationsdrang der 68er und der "Verlust der Autorität" zuviel Schaden angerichtet haben, hilft dann nur noch "Mut zur Erziehung".

Die Disziplinierungsankündigungen und Repressionsdrohungen haben gute, von Schäuble offen angesprochene Gründe. Schließlich geht es um "Anpassungsleistungen", die das Volk bringen muß und die Elite organisieren soll. "Einschränkungen", "Verzicht" und "schmerzliche Einschnitte" sind notwendig. Die produktiven Faktoren Kapital und Arbeit müssen auf Kosten des Konsums entlastet werden. Das bedeutet Lohnkürzungen ("stärkere Differenzierung von Löhnen und Einkommen") und - zwecks Wiederherstellung des notwendigen Einkommensabstandes zwischen Arbeits- und Sozial-einkommen - Abstriche an den sozialen Regelleistungen, bei denen allgemein "Selbstbeteiligung und Eigenverantwortung" immer wichtiger werden. "Sozialrechtliche Beschäftigungsverhältnisse" müssen, gegen das geltende Tarifrecht, durchgesetzt werden.

Es gibt hier nicht etwa einen einschränkenden quantitativen oder temporären Bezug zu den Finanzierungserfordernissen der Einheit. Nein, es geht um die grundsätzliche Korrektur des falschen Weges in den "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat". Die Raffinesse besteht darin, den weitverbreiteten Kulturpessimismus aufzugreifen, die Tastatur der diffusen Ängste vor Gefahren in der Welt (Jugoslawien, Somalia) und vor der Haustür (Alltagskriminalität) abzugreifen und alles zu einer neuen "Weltorientierung" zusammenzudrehen, die instrumentalisiert wird und keinen anderen Zweck hat, als die geplante Aushebelung des sozialen Modells der Marktwirtschaft ideologisch abzusichern. Wer den Halt verliert, weil er arbeitslos wird und in Existenznot gerät, kriegt künftig weder einen anderen Arbeitsplatz, noch eine ABM-Stelle, noch existenzsichernde Lohnersatzleistungen angeboten, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht; wohl aber, nach Abstrafung seines Anspruchsdenkens, als Ersatz ein wohliges Gefühl des Opfers für einen Staat als nationale Wertegemeinschaft, in der die

'Rückbesinnung auf unsere nationale Identität' im Gange ist und wieder mehr Patriotismus erwartet wird ('Unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus brauchen'). So lautet die postmaterialistische Melodie der CDU, mit der sie sich Mut macht für das Mammutwahljahr 1994.

Die Ankündigung der 'geistig-moralischen Wende' war immer die Drohung, einer rücksichtslosen Klientelpolitik, gerichtet gegen die Politik des sozialen Friedens in der Bundesrepublik, einen geeigneten Ideologischen Überbau zu verpassen. Die Drohung wurde bisher nicht wahrgemacht, weil es nicht nötig war. Noch im Januar steckte die CDU das Messer ihrer real-existierenden Umverteilungspolitik in ein samtiges Grundsatzprogramm-Futteral, graviert mit den schönsten christlich-humanitären Werten. Da glaubte sie offenbar noch an die Vereinbarkeit der von ihr geforderten 'Anpassungsleistungen' mit einem Werterahmen christlich-solidarischen Wohlwollens. General Schäuble hat erkannt, daß ein realitätsferner Überbau die eigenen Krieger desorientiert. Er zog blank, wohl wissend, daß sich die Sozialdemokraten auf diese offene Attacke erst noch einstellen müssen.

(-/30. September 1993/rs/fr)

Die Pflegeversicherung als Instrument der Umverteilung von unten nach oben Das unerlöste Spiel der Bundesregierung mit der Höhe der Lohnnebenkosten

Von Klaus Kirschner MdB

Die Diskussion um die Sozialversicherungsbeiträge und damit auch der Streit um die Finanzierung der Pflegeversicherung stellt einen neuartigen Versuch der Kohl-Regierung dar, ihre bisherige Politik der Umverteilung von unten nach oben weiter zu betreiben. Die Koalition könnte - wenn sie dies nur ernsthaft wollte - die Lohnnebenkosten um 2,7 Beitragssatzpunkte senken und dies wäre mehr als der Beitragssatz für die Pflegeversicherung insgesamt beträgt. Dazu müssten allerdings die versicherungsfremden Leistungen, die den Sozialversicherungskassen von der Kohl-Regierung auferlegt wurden, um den Bundeshaushalt zu entlasten, von allen Steuerzahlern bezahlt werden und nicht nur von den Sozialversicherten und den Unternehmen.

So betragen z.B. die Transferleistungen der Bundesanstalt für Arbeit in den Osten in diesem Jahr mehr als 11,5 Milliarden DM, was rund einem Beitragssatzpunkt entspricht. In der gesetzlichen Rentenversicherung betragen die Nettotransfers rund 20 Milliarden DM, was 1,7 Beitragssatzpunkte ausmacht.

Deshalb ist es unehrlich und unverständlich zugleich, zum einen die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge zu beklagen und andererseits sich der Forderung zu verweigern, die Sozialversicherungskassen von versicherungsfremden Leistungen zu befreien, zumal dann selbst die Finanzierung der Pflegeversicherung keine höheren Gesamtbeiträge notwendig machen würde.

Im Übrigen vermittelt die isolierte Betrachtung der Lohnnebenkosten ein schiefes Bild. Von Bedeutung ist nicht nur der prozentuale Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den Bruttolöhnen, sondern ihr Anteil am Bruttosozialprodukt. So ist zwar der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge an den Bruttolöhnen auf die Rekordhöhe von 37,4 v.H. gestiegen, betrachtet man hingegen die Sozialbeiträge in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so liegt deren Anteil heute niedriger als 1982. Dieser scheinbare Widerspruch findet seine Erklärung in der von der Kohl-Regierung 'erfolgreich betriebenen Umverteilungspolitik von unten nach oben'. Die Lohnquote am Volkseinkommen ist als Ergebnis dieser Umverteilungspolitik seit 1982 von 76,9 um 5,2 Prozent auf 71,7 gefallen. Die Folge ist, daß die an die Löhne gekoppelten Sozialversicherungsbeiträge bei gleicher Sozialleistungsquote am Bruttosozialprodukt gestiegen sind.

Der Zynismus der politischen Begründung, die die Bundesregierung zu den Sozialleistungskürzungen wegen der angeblich zu hohen Sozialversicherungsbeiträge liefert, ist anhand dieser Fakten wirklich nicht mehr zu überbieten.

(-/30. September 1993/rs/fr)

**Energiepolitik als letztes Gefecht um die Atomkraft
Union und FDP ignorieren das ökologisch und ökonomisch Erforderliche**

**Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Energiepolitik in der Bundesrepublik ist festgefahren. Die Schuld dafür trägt die Bundesregierung, die nicht die fachliche Kompetenz und den politischen Gestaltungswillen hat, die Weichen für eine effiziente und umweltverträgliche Energieversorgung zu stellen. Jetzt will sie mit aller Macht zurück in die Neubelebung der Atomkraft und versucht dafür einen erpresserischen Zusammenhang zwischen Atomenergie und Kohlefinanzierung herzustellen. Selbst wenn ihr dies gelänge, wäre damit außer einer weiteren Zerstörung der politischen Glaubwürdigkeit nichts erreicht. Neue Atomkraftwerke sind nicht durchzusetzen, weil sie in der Gesellschaft auf eine große und stabile Ablehnung stoßen.

Die Atomenergie ist nicht nur mit unverantwortbaren Sicherheitsrisiken behaftet, sie ist auch eine volkswirtschaftlich besonders teure und ineffektive Energieform. Statt die ökonomischen und politischen Chancen einer Einspar- und Solarwirtschaft für die Zukunft des Standorts Bundesrepublik zu erkennen, wird eine völlig verkürzte Kostendebatte geführt. Es ist falsch, die Kosten von Atomstrom gegen die Kosten von Kohlestrom zu setzen. Viel wichtiger ist die Frage, welche ökonomischen und ökologischen Perspektiven eine grundlegende Strukturänderung der Energieversorgung eröffnen würden. Union und FDP haben bis heute nicht begriffen, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen dem Ausstieg aus der Atomenergie und einer "Effizienzrevolution" auf dem Energiesektor gibt.

Entscheidend ist nämlich, daß die Atomenergie wie eine Innovations- und Investitionsbremse auf die Entwicklung und Durchsetzung neuer umweltverträglicher Energienutzung wirkt. Das gilt sowohl zu Lasten der Sonnenenergie als auch der möglichen Verbindung zwischen Kohle und effizienten Nutzungs- und Verwendungsformen, die im Vergleich zur Atomkraft einen mindestens doppelt so hohen Wirkungsgrad bei der eingesetzten Energie erreichen können. Dafür aber sind ein neues Energiewirtschaftsgesetz und die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer notwendig.

Union und FDP machen die Energiepolitik zu einem "letzten Gefecht" um die Atomkraft, statt gemeinsam mit der SPD nach dem ökonomisch und ökologisch Gebotenen zu suchen. Doch Glaubenskämpfe verhindern die rationale und verantwortliche Diskussion und zünden am sozialen Frieden unserer Republik. Der Druck um den Standort Deutschland führt bei der Regierung zu leeren Köpfen. Doch der Energiesektor ist ein Schlüsselbereich der industriellen Entwicklung. Wer jetzt den Weg in eine umweltverträgliche und effiziente Energiewirtschaft einschlägt, wird die Zukunft gewinnen, wer das versäumt, schadet unserem Land.

(-/30. September 1993/rs/fr)

**Wie Bonn zum Ruin westafrikanischer Viehzüchter beiträgt
Aus den Beratungen des Bundestags-Unterausschusses Weitemährung**

**Von Horst Sielaff MdB
Vorsitzender des Unterausschusses Weitemährung des Bundestages und
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor mehreren Monaten bereits ist Bundesminister Borchert im Agrarrat durch die Niederländer und die Briten auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen worden, die den Viehzüchtern im Westen Afrikas durch EG-Rindfleischexporte drohen. Auch die Medien berichteten umfassend über dieses Problem. Die SPD hat daraufhin im Juli die Behandlung im Unterausschuß Weitemährung beantragt.

Niemals könnten die westafrikanischen Rinderzüchter die Millionenstädte an den westafrikanischen Küstenstädten ernähren. Es werde nicht nur zu wenig Fleisch erzeugt, sondern es fehle auch die notwendige Kühkette, die ja für den Fleischtransport aus der Steppe bis in die Städte nötig sei. Dies waren wesentliche Kernaussagen der Bundesregierung in der letzten Unterausschußsitzung. Daß die Viehnomaden ihr Vieh lebend zu den Verbrauchermärkten treiben, wurde wahrscheinlich bei dieser in unseren Augen mehr als dreisten und uneinsichtigen Argumentation übersehen.

Überdies trage die EG - man höre und schüttle den Kopf - zu einem niedrigen Verbraucherpreisniveau in den westafrikanischen Staaten bei. Auch die Nachfrage bei den deutschen Botschaften in Westafrika habe ergeben, daß die betroffenen Länder die EG-Fleischlieferungen dringend wünschten, keine Spur von Beeinträchtigung lokaler Märkte und ruinösen Folgen für die einheimischen Viehzüchter.

Dies sehen nicht nur in- und ausländische Hilfs- und andere Organisationen wie "Christian Aid", German Watch, FIAN, die GTZ und die niederländische und britische Regierung ganz anders. Die hochsubventionierten EG-Rindfleischexporte ruinieren, wie ich in mehreren Erklärungen bereits aufgezeigt habe, den regionalen Viehhandel.

Es ist bedauerlich, ja unverständlich, daß bei der Bundesregierung und auch bei einigen im Unterausschuß anwesenden Kollegen so wenig Einsicht vorhanden ist. Die dort geführte Diskussion hinterläßt einen äußerst schalen Beigeschmack. Die Bundesregierung nimmt das Scheitern eigener Entwicklungshilfeprojekte in Kauf und hält auf dem Rücken der westafrikanischen Staaten die hiesigen Rindfleischpreise hoch. Wenn darüberhinaus gefordert wird, die landwirtschaftliche Entwicklungshilfe müsse nachhaltig verstärkt werden, ist das als Versuch zu werten, den Abgeordneten und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Der Entwicklungshilfeetat im zu beratenden Haushalt ist nämlich keinesfalls erhöht worden.

Es bleibt zu hoffen, daß die bessere Übersicht und der ausgeprägte Sinn für gerechten Welthandel anderer EG-Staaten Minister Borchert in Brüssel zum Einlenken zwingen. Trotzdem: eigene Aktivitäten und Abkehr von der bisher gezeigten Sturheit und ein Wechsel der Blickrichtung hätten der Bundesregierung besser zu Gesicht gestanden!

(-/30. September 1993/rs/tr)

Die Europäische Union braucht eine eindeutige Verfassungsbase
Zu strukturellen Defekten im vorliegenden Entwurf

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Der Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union, der zur Zeit im Institutionellen Ausschuß des Europäischen Parlaments beraten wird (Berichtersteller Fernand Herman, EVP) ist nicht zustimmungsfähig.

Dabei geht es nicht um Unzulänglichkeiten und Widersprüche bei einzelnen Regelungen. Die sind im gegenwärtigen Beratungsstadium unvermeidlich. Sie können durch die Arbeit des Ausschusses mit dem guten Willen aller Beteiligten durchaus korrigiert werden. Der Entwurf hat vielmehr einige schwer überwindliche strukturelle Defekte.

1. Der Verfassungsentwurf will den Bürgern der Union nicht einmal das gleiche Wahlrecht zum Europäischen Parlament gewähren. Zugleich will er den Schritt zum europäischen Bundesstaat tun. Seit der französischen Revolution gehört die verfassungsmäßig garantierte Gleichheit aller Bürger aber zu den Grundprinzipien moderner Staaten. Das kann nicht aufgegeben werden.
2. In einer Föderation muß die Verfassung eindeutig festlegen, welche Ebene das Recht erhält, Steuern zu erheben und auf welche Weise die Steuereinnahmen zwischen Gliedstaaten und der Union verteilt werden. Über diese für das Funktionieren einer bundesstaatlichen Ordnung lebenswichtigen Regelung steht im Entwurf nicht ein einziger Satz. Die Fortführung des gegenwärtigen Finanzierungssystems der Gemeinschaft würde zum Sprengsatz für eine Union auf der Basis der vorgeschlagenen Verfassung werden.
3. Eine Verfassung muß die Union auf bestimmte, klar begrenzte Kompetenzen festlegen und zugleich den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten absichern. Der vorliegende Entwurf hält dagegen an der Kompetenzstruktur der bisherigen Verträge fest. Danach erhält die Gemeinschaft die Kompetenzen, die sie braucht, um bestimmte Aufgaben und Ziele zu erreichen. Diese Unschärfe war gewollt und garantierte die für die Entwicklung der Gemeinschaft am Anfang notwendige Flexibilität, kann aber auch trotz des Subsidiaritätsprinzips eine wachsende Gefahr der Kompetenzerschließung und einer potentiellen Allzuständigkeit nach sich ziehen. Eine Unionsverfassung muß dem durch eindeutige Kompetenzzuordnungen einen Riegel vorschieben.

Der Verfassungsentwurf enthält zwar eine Reihe begrüßenswerter Vorschläge und unter anderem einen Katalog bürgerlicher und sozialer Grundrechte. Eine Zustimmung setzt aber vor allem die Beseitigung der Strukturdefekte voraus.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollen weiterhin, daß die Union auf klaren Grundsätzen aufbaut, die in einem Dokument niedergelegt wird, das für die Bürger verständlich ist. Wenn dies in Form einer Verfassung geschehen soll, muß diese allerdings auch den Ansprüchen genügen, die mit einer solchen verbunden sind. Wenn das auf absehbarer Zeit nicht möglich ist, wäre es besser, die Union mit einer 'Charta' auszustatten, die die Grundsätze der Entwicklung der Union voll legitimiert und politisch effektiv macht und die ihren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Orientierung gibt.

(-/30. September 1993/rs/tr)
